

Stadterneuerung in Prenzlauer Berg,
Weißensee und Pankow



Vor Ort

14. Jahrgang. November 2005



Viel Lob

Wenig Hoffnung

Kein Risiko

Freizeittreff in Weißensee 12

Stadtbad in Prenzlauer Berg 04

Einkaufszentrum in Pankow 09

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe im Fall ihrer Veröffentlichung zu kürzen.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Die mit dem Namen des Autors gekennzeichneten Beiträge geben nicht immer die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Bürger-sprechstunde

Der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Martin Federlein, bietet am Mittwoch, dem 23. November, von 15 bis 17 Uhr in der Darßer Straße 203 eine Bürgersprechstunde an. Voranmeldung unter ☎ 90 29 58 553 oder per Email: martin.federlein@bapankow.verwalt-berlin.de.

Bürgerverein Gleimviertel

Sprechzeiten: jeden dritten Dienstag von 19 bis 20 Uhr in der Gleimstraße 46; ☎ 44 12 459, Email: bvvorstand@gleimviertel.de.

BSR-Recyclinghof

Ortsteil Prenzlauer Berg: Behmstraße 74*
Ortsteil Heinersdorf: Asgardstraße 3
jeweils Montag bis Freitag 9 bis 19 Uhr;
Samstag 7 bis 14.30 Uhr
*Stationäre Schadstoff-Annahmestelle

»Vor Ort« im Internet

Die jeweils aktuelle Ausgabe der Zeitschrift »Vor Ort« kann ab sofort auch als PDF-Datei unter der Adresse www.mieterberatungpb.de heruntergeladen werden.

Leserbrief

Zu »Kriegsfassaden mit Kultpotenzial«, Vor Ort, Oktober 2005

Der Vorschlag von Frau Bolz darf nicht unwidersprochen bleiben. In Prenzlauer Berg wohnen neben den Neuberlinern auch noch viele »Alteingesessene«. Wer die Bombengriffe und den Beschuss

bei Kriegsende miterlebt hat und dann vierzig Jahre mit den Ergebnissen leben musste, der ist froh, dass nun die zerfallenen Häuser saniert werden und unsere Umwelt hell, sauber und freundlich aussieht. Bei dem heutigen Stand der Technik ist es kein Problem, die Kriegsschäden zu dokumentieren. Dazu muss jedenfalls kein Haus ewig als Ruine stehen blei-

ben. Es tut mir immer weh, wenn ich Touristen sehe, die vor allem vor solchen Häusern stehen bleiben und ihre Fotoapparate zücken. Das sollte jedoch nicht das Bild sein, dass sie vom Prenzlauer Berg mit nach Hause nehmen und dort vielleicht noch mit einem böartigen Kommentar versehen.

Frau D., Belforter Straße

Neue Straßen

Mit einem kleinen Festakt wurde am 18. Oktober die neu gebaute Erich-Neuhans-Straße im Entwicklungsgebiet Alter Schlachthof vom Stadtrat für Stadtentwicklung im Bezirksamt, Martin Federlein, freigegeben. Mit dieser, bereits von der BVV Prenzlauer Berg angeregten Namensgebung wird der erste Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Berlin nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geehrt. Neuhans, der nach dem Kriegsende unter anderem jüdischen Militärangehörigen der Roten Armee zur Flucht in die Berliner Westsektoren verhalf, wurde im August 1948 von einem sowjetischen Militärgericht zu langjähriger Lagerhaft verurteilt und verstarb 1950 in der Haft. 1997 wurde Neuhans nach intensiven Bemühungen der Angehörigen von einem russischen Militärgericht rehabilitiert.

Mit der Erich-Neuhans-Straße wurde zugleich auch die Richard-Ermisch-Straße für den Verkehr freigegeben. Sie wurde nach einem Architekten benannt, nach dessen Entwürfen auch Gebäude auf dem Schlachthof gebaut worden waren.

Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung 

Bezirk Pankow

Ortsteil Weißensee, öffentliche Auslegung, § 3 Abs. 2 BauGB (1998)
Bebauungsplan XVIII-58-1
 (Geltungsbereich vgl. Planauschnitt)
Ziel/Zweck: Sicherung einer Grünfläche mit der Zweckbestimmung öffentlicher Spielplatz und eines allgemeinen Wohngebietes

Ortsteil Prenzlauer Berg, erneute öffentliche Auslegung, § 3 Abs. 3 BauGB (1988)
Bebauungsplan IV-76
 (Geltungsbereich vgl. Planauschnitt)
Ziel/Zweck: Festsetzung eines Kerngebietes und Sicherung von Straßenverkehrsflächen

Sie haben die Möglichkeit, sich an der Planung zu beteiligen. Während der Auslegungstermine können zu den Entwürfen der Bebauungspläne Anregungen vorgebracht werden. Diese werden in die abschließende Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander einbezogen. Umweltverträglichkeitsprüfungen sollen nicht durchgeführt werden.

Zeit: 7. November bis einschließlich 6. Dezember 2005, Montag bis Mittwoch von 8.30 - 18.30 Uhr, Donnerstag von 9.00 - 18.00 Uhr, Freitag von 8.00 - 14.00 Uhr sowie nach telefonischer Vereinbarung

Ort: Bezirksamt Pankow von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Amt für Plänen und Genehmigen, Storkower Straße 139 C, 10407 Berlin, Erdgeschoss Zi. 113, Tel: 90295-3124/-3125 oder 90295-3466

Zusätzlich erfolgt während des Auslegungstermines eine Präsentation der Bebauungspläne sowie ihrer Begründung im Internet:
<http://www.berlin.de/be-pankow/verwaltung/stadtstapl.html>



Wirtschaftstag zum Handel

Der 9. Pankower Wirtschaftstag, veranstaltet vom Wirtschaftsforum Pankow, findet am 22. November 2005 um 20 Uhr zum Thema »Handeln statt Jammern – Neue Kunden gewinnen« in den Schönhäuser Allee Arcaden statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen, die von Center-Manager Rolf-Siegfried Plasa, Wirtschaftsstadträtin Altmuth Nehring-Venus und

dem Vorsitzenden des Unternehmerkreises Berlin-Nord, Jens Flammann, eröffnet werden, steht die Frage: »Wie kommen Unternehmer an neue Kunden?« Die Veranstaltung wird auf zwei Stunden veranschlagt, die Teilnahme ist kostenlos. Impulsreferate sollen Anregungen dazu geben, wie durch andere Angebote neue Kunden gewonnen werden können, neue Zielgruppen erschlossen und auch neue Wege zum Kunden gefunden werden.

Weg aus der Schuldenfalle

Von Klaus Mindrup, Vorsitzender des Finanzausschusses der BVV Pankow

Berlin und damit auch Pankow befinden sich in einer Haushaltsnotlage. Der Bezirk finanziert sich über eine Globalsumme, die von der Senatsverwaltung für Finanzen berechnet und zugewiesen wird. Auf dieser Basis stellt er einen Haushaltsplan auf, der

verpflichtenden Transferausgaben entstanden ist. Diese Zahlungen waren bzw. sind zu leisten, weil die Bezugsberechtigten darauf einen Rechtsanspruch haben. In den Jahren 2002 bis 2004 hat der Bezirk jedoch 14,5 Millionen Euro Sozialhilfezahlun-

Transferausgaben Transparenz nach innen und außen hergestellt werden. Dem hat ein konkreter Maßnahmenplan zu folgen. Auf Antrag von Linkspartei.PDS und SPD hat die BVV das Bezirksamt deshalb verpflichtet, bis zum 1. Oktober 2006 einen Endbericht zu den Transferausgaben sowie einen Maßnahmenplan vorzulegen. Viele meinen, unser Bezirk habe keine großen sozialen Probleme. Doch die aktuelle ALG II-Statistik sieht Pankow an vierter Stelle hinter Neukölln, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg und ist damit näher an der Realität als so manche Schönfärberei.

Der Bezirk hat nur dann eine Chance auf ein Entgegenkommen auf der Landesebene, wenn er die nötigen Umstrukturierungen forsetzt. Die Bezirke befinden sich durch die so genannte Kosten-Leistungsrechnung in einem scharfen internen Wettbewerb. Das heißt, dass der Abbau von Personal und die Trennung von öffentlichen Immobilien in den nächsten zwei Jahren weitergehen müssen. Unter diesen Rahmenbedingungen ist es umso wichtiger, klare politische Vorgaben zu leisten. In diesem Sinne hat die BVV auf Antrag von Linkspartei.PDS und SPD beschlossen, die Mittel für den Einsatz von IT-Technik deutlich zu erhöhen, die Ausgaben für den Musikschul- und Volkshochschulunterricht sowie für Anschaffungen in den Bibliotheken auf dem Niveau von 2005 zu halten. Der bauliche Unterhalt für Hochbauten wird aufgestockt, und in den Bereichen Tiefbau sowie Grünflächen wird nicht weiter gekürzt.

Noch profitiert Pankow von Sonderprogrammen zur Verbesserung der Infrastruktur in den Sanierungsgebieten, vom Schul- und Sportstättenanierungsprogramm des Senats sowie von der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Diese Mittel finden sich zwar nicht unmittelbar im Haushalt wieder, der Bezirk sollte aber weiter bestrebt sein, sie voll auszuschöpfen. Bei der Vorbereitung künftiger Haushaltspläne gehört m. E. auch das Thema Bürgerhaushalt auf die Tagesordnung. Die dafür unabdingbare Transparenz der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung ist zurzeit aber noch nicht gegeben.



© Albrecht Molle

Der BVV-Beschluss zur Ausstattung der Bibliotheken kommt auch der neuen Weißenseer Stadtteilbücherei zugute.

zunächst von der BVV zu bestätigen und danach vom Abgeordnetenhaus zu beschließen ist. Der Beschluss der BVV zum Doppelhaushalt 2006/07 wurde am 28. September gefasst, seine Behandlung im Abgeordnetenhaus steht noch aus.

Trotz erheblicher Einsparungen hat Pankow in den letzten Jahren mehr ausgegeben, als ihm zugewiesen wurde. Deshalb zählen wir zu den vier so genannten Schuldnerbezirken. Auf dem Pankower Bezirkshaushalt für 2006 lasten nun 31 Millionen Euro zu viel ausgegebene Mittel. Deshalb verlangt die Senatsfinanzverwaltung vom Bezirk ein Konsolidierungskonzept. Damit musste sich die BVV in der Haushaltsberatung auseinandersetzen. Sie hat festgestellt, dass das Defizit durch die so genannten

gen vom Senat nicht erstattet bekommen. Bei den »Hilfen zur Erziehung« sind es im gleichen Zeitraum 16,6 Millionen und bei den »entgeltfinanzierten Betreuungsleistungen« ca. 10 Millionen Euro gewesen. Dass das Manko nicht größer als 31 Millionen Euro ist, hängt damit zusammen, dass der Bezirk zu seinem Ausgleich allein von 2002 bis 2004 16,3 Millionen Euro Investitions- und 6,4 Millionen Euro Personalmittel eingesetzt hat. Das kann so nicht weitergehen. Aber auch im Jahr 2005 reichen die dem Bezirk zugewiesenen Mittel nicht aus, um die laufenden Transferausgaben zu decken. Die BVV hat deshalb keine Möglichkeit mehr gesehen, die Alt-schulden in den kommenden beiden Haushaltsjahren weiter abzubauen. Zunächst muss in Bezug auf die

Stadtbad bleibt trocken

Thomas Bremen: »In der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat sich offenbar niemand wirklich Gedanken über den Umgang mit dem Baudenkmal in der Oderberger Straße gemacht.«

Der Senat ist am 1. November von seiner Zusage abgerückt, Ihrer Genossenschaft für die Sanierung des Stadtbaus Oderberger Straße einen Baukostenzuschuss zur Verfügung zu stellen. Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer erklärte, die Genossenschaft, die das dem Verfall preisgegebene Gebäude Anfang 2002 vom Land Berlin erworben hatte, um es zu einem modernen Bad mit Wellness- und Fitnessangeboten umzubauen, habe zum Stichtag 31. Oktober weder ein geschlossenes Finanzierungskonzept noch die geforderte Fertigstellungsgarantie vorgelegt. Woran hat es gelegen?

Der uns gesetzte Termin von acht Wochen war so eng, dass man versucht ist, von Böswilligkeit zu sprechen. Wäre uns etwas mehr Zeit eingeräumt worden, hätten wir die Bedingungen, an die die Bereitstellung des schon seit längerem abrufbereiten Zuschusses geknüpft war, durchaus erfüllen können. Die intensiven Gespräche, die wir im September und Oktober dazu führten, haben gezeigt, dass wir sowohl Banken als auch andere Partner für die Finanzierung unseres Vorhabens vertraglich hätten binden können. Unser ursprüngliches Finanzierungskonzept, das von einer Gesamtinvestition von knapp 18 Millionen Euro ausging, basierte auf drei Säulen - einem Bankkredit, dem von Senat und Abgeordnetenhaus zugesagten einmaligen Baukostenzuschuss in Höhe von 5,1 Millionen Euro und einem geschlossenen Immobilienfonds, der mit steuerlichen Vorteilen verbunden gewesen wäre, da es sich um ein Baudenkmal handelt, dessen Erhalt ja auch erklärtes Sanierungsziel ist. Als Knackpunkt erwies sich unter anderem der Immobilienfonds. In der gegenwärtigen politischen Situation, in der viele steuerliche Vergünstigungen in Frage gestellt und wohl auch wegfallen werden, legt niemand einen solchen Fonds auf. Alle warten ab, wie sich die Dinge entwickeln.

Sie hatten ja um eine mehrwöchige Fristverlängerung gebeten. Mit welcher Begründung wurde das abgelehnt?

Bei dem Baukostenzuschuss handelt es sich um Zuwendungen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, die vom Land Berlin kofinanziert werden müssen und deren Vergabetermin Ende 2005 ausläuft. Zu der uns vom Senat gesetzten Frist 31. Oktober konnten wir noch nicht vollständig nachweisen, dass die Gesamtfinanzierung steht. Nur einen Tag später hat Frau Junge-Reyer diese Mittel kurzerhand anderweitig vergeben, ohne mit uns zu sprechen. Aus meiner Sicht sind die Probleme vor allem dem Verhalten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung geschuldet. Sie hat die Freigabe der uns in Aussicht gestellten Fördermittel so lange verzögert, dass wir nicht mehr fristgemäß reagieren konnten.

Wir konnten mehr als ein Jahr lang keine konkreten Verhandlungen aufnehmen, da uns eine verbindliche Zusage der Senatsverwaltung fehlte, unter bestimmten Bedingungen die Fördersumme auszuzahlen. Uns wurde nicht einmal mitgeteilt, dass sie bereitliegt. Auch das Bezirksamt Pankow stellt ja in einer Pressemitteilung fest, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung über ein Jahr für die Zusage gebraucht hat, mit der die Genossenschaft dann mit der Auflage konfrontiert wurde, innerhalb von nur zwei Monaten einen geschlossenen Finanzierungsplan vorzulegen.

Haben Sie denn nicht schon vorab signalisiert, dass Sie etwas mehr Zeit brauchen?

Wir haben dem Senat schon in den Vorgesprächen mitgeteilt, dass wir grundsätzlich etwa ein halbes Jahr benötigen, um die Finanzierung schließen zu können. Aus meiner Sicht



Zur Person

Thomas Bremen (38), Vorstand der Genossenschaft Stadtbad Oderberger Straße; geboren in Olsberg (Sauerland), seit 1995 wohnhaft in Berlin-Prenzlauer Berg; gelernter Steinmetz und Steinbildhauer; von 1994 bis 1998 Architekturstudium an der HFT Bremen und an der THF Berlin; danach tätig als Architekt und Denkmalpfleger.

haben wir es vor allem auf Seiten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit einer Mischung aus Fahrlässigkeit und Ignoranz zu tun. Da hat offenbar ein Kleinkrieg stattgefunden, bei dem es im Grunde gar nicht um die Zukunft des Stadtbaus ging, sondern um ganz andere politische Interessen. Vor allem in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat sich offenbar niemand wirklich Gedanken über den Umgang mit diesem Baudenkmal gemacht. Das wird ja auch durch die Äußerung von Frau Junge-Reyer deutlich, wir sollten das unsanierte Gebäude ruhig behalten und es weiterhin kulturell nutzen. Dass hier dringend eine Sanierung ansteht, ignoriert sie einfach. Gibt man uns nicht die Gelegenheit, das Stadtbad, wie beim Abschluss des Kaufvertrags vereinbart, vor weiterem Verfall zu bewahren und nach entsprechendem Umbau als zeitgemäßen Bad-, Wellness- und Fitnessbetrieb zu nutzen, muss ab jetzt Frau Junge-Reyer die Frage seriös beantworten, was hier eigentlich passieren soll.

Sie hatten den Senat ja nicht nur um eine Fristverlängerung gebeten, sondern auch eine neue Finanzierungsvariante ins Spiel gebracht, bei der an die Stelle des bislang geplanten geschlossenen Immobilienfonds ein Leasingmodell treten sollte. Wie sieht das aus?

Da wir unser Finanzierungskonzept den neuen politischen Realitäten anpassen mussten, haben wir Kontakt

mit einer Leasinggesellschaft aufgenommen, um über eine Investition ins Stadtbad zu verhandeln. Die Genossenschaft hätte es dann geleast und es an den Betreiber vermietet. Das hätte aber nichts daran geändert, dass wir den uns schon bei Abschluss des Kaufvertrags in Aussicht gestellten Baukostenzuschuss unbedingt benötigten. Da Frau Junge-Reyer diese Mittel aber sofort anderweitig vergeben und dabei erklärt hat, dass auch die Gelder für 2006 bereits gebunden seien, eine Förderung unseres Projekts faktisch also vom Tisch ist, hat wohl auch das Leasingmodell keine Chance, auch wenn der zuständige Abteilungsleiter im Hause Junge-Reyer versicherte, man wolle es trotz allem prüfen.

Nun hatte ja der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses, wenn auch gegen die Stimmen der Opposition, im August für die Freigabe der Fördermittel für die Sanierung des Stadtbads votiert. Mit welcher inhaltlichen Begründung hat sich denn die Senatorin über diesen Beschluss hinweggesetzt?

Dass seitens der Verwaltung inhaltlich nichts begründet wird, mussten wir schon oft erleben. Es werden immer nur pauschale Vorbehalte geäußert, es wird mit unhaltbaren Unterstellungen gearbeitet und dabei sogar vor einem neuen Tempodrom-Desaster gewarnt. Dabei verbietet sich ein solcher

Vergleich, denn wir haben von vornherein erklärt, dass wir eine Landesbürgerschaft à la Tempodrom nicht anstreben. Echte Argumente gegen unser Vorhaben hat es nie gegeben. Und nachdem Frau Junge-Reyer nun vollendete Tatsachen geschaffen hat, bin ich einfach nicht optimistisch genug, um mir vorzustellen, dass der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses gegenüber dem Senat weiterhin auf Einhaltung der uns gegebenen Förderzusage bestehen wird. Es kommt ja auch hinzu, dass diese Mittel nach den geltenden Bestimmungen bis Ende 2007 verbaut sein müssen. Wenn jetzt nochmals lange hin und her diskutiert wird, wäre dieser Termin ohnehin nicht haltbar.

Stünde denn der potenzielle Betreiber der von Ihnen geplanten Bade- und Wellnesseinrichtung, Herr Kannevischer aus Zug in der Schweiz, mit dem Sie sich ja schon frühzeitig einig waren, nach wie vor bereit?

Davon können wir ausgehen. Das für uns Erfreulichste in den letzten acht Wochen war ohnehin, dass unsere Partner, wie zum Beispiel die Firma Kannevischer, die Architekten und Denkmalpfleger, aber auch die potenziellen Finanzierungsgeber sehr konstruktiv an einer Lösung gearbeitet haben. Das hat uns gezeigt, was mit mehr Zeit und einer weniger

destruktiv orientierten Senatorin möglich gewesen wäre.

Wie soll es nun weitergehen?

Zunächst berufen wir eine Generalversammlung der Genossenschaft ein. Sie soll nach derzeitigem Stand am 26. November stattfinden. Wir werden dort vorschlagen, den Vorstand mit der Aufnahme von Verhandlungen über die Rückgabe des Stadtbads zu beauftragen und die Auflösung der Genossenschaft vorzubereiten.

Die Genossenschaft hat in den letzten vier Jahren für die Sicherung und den baulichen Unterhalt des Stadtbads gesorgt sowie Ausgaben zum Beispiel für planerische Arbeiten getätigt. Gibt es da Regressansprüche an das Land Berlin?

Wir werden im Interesse der mehr als 1.200 Genossenschaftsmitglieder prüfen, ob es solche Ansprüche gibt. Im Moment müssen wir uns ja eher gegen die Versuche der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wehren, uns den Schwarzen Peter zuzuschieben. Es steht auch zu befürchten, dass das »Scheitern« der Genossenschaft als Deckmäntelchen benutzt wird, das Stadtbad zu verramschen. Wer auch immer kommt, wird das Thema Bad sicher nicht aufnehmen. »Die Chance, dieses denkmalgeschützte, städtebaulich wichtige Ensemble für den Bezirk wieder als Bad herzurichten, ist vertan«, heißt es ja auch in der Stellungnahme des Bezirksamts.

Hoffen Sie auf Reaktionen der Öffentlichkeit, bei der das Konzept der Genossenschaft ja großen Anklang fand?

Es heißt, die Hoffnung stirbt zuletzt. Im Gespräch ist ein Runder Tisch, zu dem auch die Senatorin eingeladen werden soll. Aber vielleicht ist dies jetzt auch noch einmal eine Gelegenheit, sich bei all denen zu bedanken, die die Genossenschaft unterstützt und uns Mut gemacht haben. Ich würde mich freuen, wenn sich alle auch weiterhin für das Stadtbad interessieren und dafür eintreten, dass verantwortungsvoll mit diesem architektonischen Kleinod umgegangen wird.

Das Gespräch führte Albrecht Molle.



© Albrecht Molle

Knapp 18 Millionen Euro wollte die Genossenschaft in die Sanierung des denkmalgeschützten Stadtbads investieren.

Ein Quartier wehrt sich

Von Tino Kotte, Arbeitsgemeinschaft Verkehrsberuhigung »Bremer Höhe«

»Vor allem war es der Leidensdruck, der mich bewegt hat, in der Arbeitsgemeinschaft Verkehrsberuhigung mitzumachen«. Gudrun Hess aus der Gneiststraße zählt eine ganze Reihe von Problemen auf, die sie motiviert haben: »Ständiger Lärm und Gestank sowie akute Gefährdung der Schulsicherheit durch erhöhten Durch-

Schönhauser Allee stadteinwärts und in der Danziger Straße vor dem Knotenpunkt Eberswalder/Danziger Straße in Richtung Westen, nimmt der Durchgangsverkehr durch die »Bremer Höhe« in beiden Richtungen erheblich zu. In der Greifenhagener Straße befinden sich eine Grundschule und eine KiTa. Die relativ hohen



Anwohner der Bremer Höhe protestieren gegen den Schleichverkehr in ihrem Quartier unweit des Helmholtzplatzes.

gangsverkehr, zugeparkte Gehwege und Kreuzungsbereiche sowie Parkprobleme. Doch will ich etwas verändern, muss ich auch etwas dafür tun«. Gudrun Hess ist eine von 25 Bewohnerinnen und Bewohnern, die sich in einer von einem Verkehrsexperten der TU Berlin angeleiteten Verkehrsevaluierung engagierten, um auf deren Grundlage ein Verkehrskonzept für das zwischen Schönhauser Allee und Pappelallee im Sanierungsgebiet Helmholtzplatz gelegene gründerzeitliche Wohnquartier »Bremer Höhe« zu erarbeiten.

Täglich durchfahren mehr als 3.000 Fahrzeuge die enge Gneiststraße. Staut sich der Verkehr auf der

Durchfahrtsgeschwindigkeiten sind besonders für die Kinder eine akute Gefährdung. Darüber hinaus verstärkt das Kopfsteinpflaster in der Gneiststraße die Abrollgeräusche. Schon geringe Überschreitungen des Tempo 30-Limits führen hier zu einem erheblichen Anstieg des Straßenlärms. Deshalb fordert die AGV die Sperrung der Überquerungsmöglichkeit für Kfz an der Kreuzung Schönhauser Allee/Gneiststraße, um den Durchgangsverkehr aus der Schönhauser Allee in Richtung Danziger Straße und umgekehrt aus dem Quartier herauszuhalten. An der Kreuzung Greifenhagener/Gneiststraße soll ein kleiner, für den Verkehr

gesperrter Platz angelegt werden. Wir befürworten auch mobile Geschwindigkeitsanzeigetafeln, um Kraftfahrer auf das Tempo 30-Limit aufmerksam zu machen.

Auch die Parkplatzsituation im Quartier ist angespannt. Die Erhebung wurde zum einen an einem Wochenende mit Großveranstaltung in der Max-Schmeling-Halle und zum anderen an einem Wochentag durchgeführt. Zwischen 15 und 1 Uhr am Sonnabend mit Großveranstaltung parkten 43 Prozent Besucherfahrzeuge im Wohngebiet, acht Prozent auf Gehwegen, in Einfahrten und im Parkverbot. Der Anteil der Dauerparker beträgt 48 Prozent am Wochenende und an Werktagen 35 Prozent. In einem hochverdichteten Wohngebiet, in dem der öffentliche Raum vielfältigen Nutzungsansprüchen unterliegt, ist dieser »Luxus« fragwürdig.

Die AGV favorisiert eine Doppelstrategie - die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung sowie die Förderung von Car-Sharing: Ausgewählte Straßenzüge sind für den Besucherverkehr zwischen 8 und 19 Uhr parkscheinpflichtig und von 19 bis 8 Uhr morgens ausschließlich Anwohnern gegen Entrichtung einer Jahresgebühr vorbehalten. Weitere Parkzonen erlauben das gebührenpflichtige Parken für Besucher in den Abend- und Nachtstunden. Parallel dazu reduziert Car-Sharing im Wohngebiet den Anteil dauerparkender Fahrzeuge. Denn wenn Haushalte einen Pkw gemeinsam nutzen, ließe sich die Parkplatzsituation entspannen. Um Car-Sharing attraktiv zu gestalten, empfiehlt die AGV die Einrichtung speziell dafür ausgewiesener Stellplätze. Erklärtes Ziel der AGV ist es, die Verkehrssicherheit und Lebensqualität im Quartier zu erhöhen. Gudrun Hess bringt es auf den Punkt: »Es geht uns nicht darum, nach dem Sankt-Florian-Prinzip den Verkehr von der eigenen Haustür fernzuhalten und auf andere Straßen abzuleiten, sondern die jetzige Situation nicht einfach schicksalsergeben hinzunehmen«. Vielleicht findet sich in der bevorstehenden öffentlichen Debatte über die Präzisierung der verkehrlichen Ziele in den Sanierungsgebieten von Prenzlauer Berg ja auch Gelegenheit, über unser Konzept zu sprechen.



© Albrecht Molle

Auf dem Grundstück Esmarchstraße 3 dürfen nun Wohnungen gebaut werden.

Wohnen statt Spielen

Bezirksamt beschließt Sanierungszieländerung von Albrecht Molle

Demographische Entwicklungen und Berlins kritische Haushaltslage führen auch in den sieben Sanierungsgebieten unseres Bezirks in wachsendem Maße zur Aufgabe bzw. Änderung grundstücksbezogener Erneuerungsziele. Neben KiTa-Neubauten wird da manchmal auch ein geplanter Spielplatzbau gestrichen. Bei den Betroffenenvertretungen in den Sanierungsgebieten löst das Besorgnis aus. »Damit wird das Ziel, das Defizit in diesem Bereich in den wenigen noch verbleibenden Jahren bis zur angekündigten Aufhebung der Sanierungsgebiete im geplanten Umfang zu reduzieren, gefährdet«, warnt Klaus Lemnitz, Sprecher der Betroffenenvertretung Bötzwstraße. In einer vom Stadtplanungsamt erbetenen Stellungnahme sprach sich das von den Gebietsbewohnern gewählte Gremium deshalb gegen die Absicht des Bezirksamts aus, für das 470 m² große, zum Teil mit Garagen bebaute Grundstück Esmarchstraße 3 das Sanierungsziel »Öffentliches Grün mit Spielplatz« in »Wohnen« abzuändern. Das solle zunächst im Sanierungsbeirat diskutiert und vom Bezirksamt in einer Einwohnerversammlung erläutert werden.

Der für die Sanierungsgebiete

zuständige Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Martin Federlein, hat die Stellungnahme der BV Bötzwstraße an Umweltstadtrat Matthias Köhne weitergeleitet. Der verwies darauf, dass der Senat Mittel zum Erwerb des in Privatbesitz befindlichen Grundstücks nur auf der Grundlage der tatsächlich ausgeübten und nicht der möglichen Nutzung (Bauland) zur Verfügung stelle. Der Bezirk sei jedoch nicht in der Lage, die Mehrkosten zu tragen. Außerdem ließe sich in der Esmarchstraße 3 lediglich eine beispielbare Fläche von 310 m² herstellen, deren Wegfall durch die Realisierung anderer Spielplatzprojekte im Gebiet mehr als kompensiert werde.

»Mit der aktuellen Entscheidung des Amts für Umwelt und Natur als Fachbehörde macht es keinen Sinn mehr, dieses Sanierungsziel aufrechtzuerhalten, das wäre auch gegenüber dem Eigentümer nicht gerechtfertigt«, meint Federlein. Die im Juni ausgesprochene Versagung der sanierungsrechtlichen Genehmigung für ein Wohnungsbauvorhaben auf dem Grundstück hat er deshalb inzwischen zurückgenommen. Am 1. November hat das Bezirksamt das Sanierungsziel geändert. Der Eigentümer kann nun einen neuen Antrag stellen.

Erhalt gesichert

Umweltbüro am Weißen See setzt Arbeit fort Von A. Molle

Das Umweltbüro in der Berliner Allee 125 soll trotz der vom Bezirksamt verfügten Versetzung seines langjährigen Leiters und Gründungsmitglieds Wilfried Platzek und des Ausscheidens mehrerer ABM-Kräfte seine Tätigkeit fortsetzen. Das hat Umweltstadtrat Matthias Köhne jetzt in einem Bericht an die Bezirksverordnetenversammlung zugesichert. Die BVV hatte angesichts zahlreicher Bürgerproteste gegen eine eventuelle Schließung des Büros bereits Mitte Juni gefordert, unverzüglich Maßnahmen einzuleiten, um dessen Arbeit im bisherigen Umfang und in der bisherigen Qualität zu sichern. Wie Köhne nunmehr mitteilte, soll dazu eine Kooperationsvereinbarung mit der Agrarbörse Deutschland Ost e. V. abgeschlossen werden, einem freien Träger, der sich um Qualifizierungsmöglichkeiten für Arbeitssuchende bemüht und seit einigen Jahren auch im Umweltbüro ABM-Kräfte beschäftigt.

Zu den Aufgaben und Arbeitsinhalten des Büros, die nun durch die Agrarbörse Deutschland Ost wahrgenommen bzw. umgesetzt werden sollen, gehören u. a. die Fortsetzung der ökologischen Beratungstätigkeit, die öffentliche Information zum Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz einschließlich Exkursionen und Veranstaltungen, die Unterstützung der umweltpädagogischen Arbeit im Bezirk sowie die Erfassung und Weiterleitung von Bürgeranfragen. Zur Aufrechterhaltung des Beratungsangebots sollen auch weiterhin die Möglichkeiten der Arbeitsförderung genutzt werden. Die bisherigen Öffnungszeiten des Umweltbüros, das Ende 1990 auf Initiative Weißenseer Bürger und Bezirksamtsmitarbeiter in der Indira-Gandhi-Straße eingerichtet worden war und Anfang 2003 neue Räume direkt neben dem Kulturhaus »Peter Edel« in der Berliner Allee bezogen hatte, sollen beibehalten werden.

Schön oder nutzbar

Amt und Anwohner uneins über das Grün am Wasserturm Von H. Seefeld

Es war anno 2001, als die S.T.E.R.N.-GmbH als Sanierungsbeauftragter des Senats mit Anwohnern einen »garten-denkmalspflegerischen Leitplan« für das populäre Wasserturmreal zwischen Belforter und Knaackstraße in Prenzlauer Berg diskutierte. Die Quintessenz der damals weitgehend akzeptierten Vorschläge lautete: »Der Platz soll wieder aussehen wie vor dem Krieg.«

Seit 15 Jahren ist das Gelände eine Baustelle. Scheibchenweise wurden in den 90er Jahren hunderttausende Mark in den maroden Steigrohrurm und in die öffentlichen Spielplätze investiert. Der große Wurf sollte gelingen, als schließlich im Dezember 2002 in einer ersten Marge aus dem EU-Programm EFRE 365.000 Euro für die von den Anwohnern einst abgesegnete Umgestaltung des Areals bewilligt wurden. Doch das Zwischenergebnis ernüchterte. Die dringend erforderliche Abdichtung der Tiefbehälter, Argument auch für die Fällung zahlreicher Bäume, misslang zunächst. Die Begrünung des Plateaus blieb merkwürdig unvollendet, dafür wurde dort ein längst vergessenes Türmchen in historisie-

rendem Design neu gebaut und anschließend dem Vandalismus preisgegeben. Dann wurden zwar über 16.000 Rosen gepflanzt, doch Umweltstadtrat Matthias Köhne hob erschrocken die Hände: »Für die Pflege haben wir in unserem Haushalt kein Geld«. Mitleidige Anwohner krochen nun an mehreren Wochenenden durch die dornigen Büsche, um das alles überwuchernde Unkraut zu jäten. Faktisch als Belohnung durften sie sich für das »beispielhafte ehrenamtliche Bürgerengagement« feiern lassen.

Kein Wunder also, dass die Emotionen hochkochten, als sich 25 Anwohner mit dem Umweltstadtrat und der für das Wasserturmreal zuständigen Architektin am Abend des 19. Oktober im Spielhaus des Abenteuerspielplatzes an der Kollwitzstraße an einen Tisch setzten, um über das weitere Vorgehen zu beraten, nachdem jetzt noch einmal 1,4 Millionen Euro aus dem EFRE-Programm bewilligt worden sind. Dabei verlief die Präsentation der konkreten Baupläne zunächst unspektakulär. Demnach soll der erodierende Südhang des Geländes neu gestaltet und

befestigt und durch zwei Treppen attraktiver werden. Ein Rundweg und ein Schmuckplatz sind vorgesehen, die hässlichen Garagen können verschwinden, die historische Umfassungsmauer wird ausgebessert, und auch die Spielplätze werden wieder erneuert. Das Echo darauf war dann allerdings nicht ungeteilte Freude. Obwohl die Fläche zum Spielen insgesamt nicht kleiner wird, soll aber offenbar der Platz für Kleinkinder verschwinden, und auch weitere 22 der 170 noch vorhandenen Bäume sind bereits mit einer Fällmarkierung versehen worden. Während anwesende Mütter in erster Linie vehement für den Erhalt des günstig und schattig gelegenen Spielplatzes eintraten, lag anderen Teilnehmern der vorhandene Bewuchs besonders am Herzen. In Anwesenheit einer Kamera von Spiegel TV forderte Karen Thormeyer von der Grünen Liga, »von jedweder weiteren Rodung des Geländes abzu-sehen«. Die in der Prenzlauer Allee ansässige Umweltorganisation, die erst kürzlich bei radikalen Rodungen eines umfangreichen alten Baumbestands im nahegelegenen Schweizer Garten zugunsten eines privaten Bauvorhabens überraschend weitgehend Stillschweigen bewahrte, formulierte jetzt umso pathetischer: »In unserem Bezirk zählt jede Wiese, jeder Baum und jeder Strauch!«

Für Stadtrat Köhne sind die Vorwürfe aus der Luft gegriffen. »Unser Ziel ist, den Platz deutlich schöner zu machen als er sich jetzt präsentiert, das schließt natürlich eine verbesserte Aufenthaltsqualität ein«, versichert er den Anwesenden und ergänzt: »Schönheit schließt die Nutzbarkeit doch keinesfalls aus«. Damit reagierte er auf den an diesem Abend immer wiederkehrenden Vorwurf, dass beim Umbau mehr Augenmerk auf die historische Gestalt denn auf den Gebrauchswert des beliebten Platzes gelegt werde. Um alle Diskrepanzen auszuräumen, wurden nun die zwei Arbeitsgruppen »Spielplatz« und »Bäume« gegründet, in denen Amt und Anwohner das weitere Procedere gemeinsam beraten. Der Zeitdruck ist jedoch groß, denn bis Ende 2006 müssen die Bauarbeiten beendet sein, sonst verfällt die Förderung.

Der Südhang der Freifläche am Wasserturm hat sich zur schnellen Auflösung entschlossen.

© Hartmut Seefeld





© Hartmut Seefeld

Dieser Durchgang bleibt erhalten, wird aber auf einer Länge von 50 Metern komplett umbaut.

Rathauscenter wird größer

Bezirk erteilt noch in diesem Jahr die Baugenehmigung von Hartmut Seefeld

Nur wenige Wochen nach Erwerb des Grundstücks feiert in diesen Tagen die nordrhein-westfälische Fundus-Gruppe die Grundsteinlegung für die Erweiterung des Rathauscenters am Pankower Anger. Für 17,2 Millionen Euro entstehen auf dem brachliegenden Grundstück Breite Straße 17 weitere 6.000 m² Verkaufsfläche. Knapp ein Viertel davon hat der Textilanbieter C&A angemietet. Der Initiator des Fundus-Fonds, Helmut Jagdfeld, drückt auch weiterhin aufs Tempo. »Wir wollen pünktlich zum Weihnachtsgeschäft am 26. Oktober 2006 eröffnen«. Der Stadtrat für Stadtentwicklung, Martin Federlein, hat für Ende dieses Jahres die Baugenehmigung für das Gesamtvorhaben in Aussicht gestellt.

Am 28. Oktober stellte Jagdfeld das Bauprojekt vor ca. 30 Pankowern im Rahmen der Pankower Architekturgespräche im Rathaus vor, wo es weitgehend positiv aufgenommen wurde. Das neue Gebäude wird unmittelbar an das bestehende Rathauscenter angedockt, beide Gebäude werden innen eine Einheit bilden. Die Glasfassade wird in einer Linie mit der bestehenden Bebauung errichtet. Damit sind die alten Pläne vom Tisch, den Baukörper tiefer im Grundstück

zu bauen. »C&A hatte zwei grundlegende Bedingungen für sein Engagement gestellt«, erläuterte Jagdfeld, »zum einen durfte die Eingangszone des Hauses nicht nach hinten versetzt werden, und zum anderen mussten ca. 1.500 m² Mietfläche zur Verfügung stehen«. Die Folgen dieser Forderung haben den einzigen Dissens bei der Präsentation hervorgerufen. Um die C&A-Bedingungen erfüllen zu können, soll das Rathauscenter im Obergeschoss bis an die Brandwand des rechts anschließenden Wohnhauses herangebaut werden. Der öffentliche Weg darunter, der die Pestalozzistraße mit dem Anger verbindet, bleibt zwar erhalten, allerdings entsteht auf diese Weise ein vier Meter hoher, fünf Meter breiter und fünfzig Meter langer Durchgang, von den Ablehnern geringschätzig »Tunnel« getauft und von den Befürwortern wohlwollend mit »Passage« umschrieben. Ungeachtet dessen besteht die gemeinsame Erkenntnis, dass hier ein problematischer Stadtraum entsteht, für dessen Aufwertung noch Ideen gesucht werden. Diskutiert werden Varianten wie Wasserspiele, eine Schaufenstergalerie nebst Videoüberwachung, auch an eine Auftragsvergabe an Graffiti-Künstler wurde gedacht.

Modernes Baurecht

Neue Bauordnung gilt ab Februar 2006 von H. Seefeld

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 15. September das Gesetz zur Vereinfachung des Berliner Baurechts beschlossen. Die über 300 Seiten umfassende neue Bauordnung orientiert sich stark an der im November 2002 von der Bauministerkonferenz der Bundesländer verabschiedeten Musterbauordnung. Sie enthält zahlreiche neue Aufgabenfelder für Architekten und Bauherren, zugleich zieht sich der Staat stark aus den Genehmigungsverfahren zurück. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer feiert das Papier, das ab Februar kommenden Jahres zur Anwendung kommt, als »modernstes Baurecht in Deutschland, welches das Bauen erheblich beschleunigen wird und das Baurecht erheblich entbürokratisiert«. Selbst der Bau von Mehrfamilienhäusern bis 22 Meter Höhe muss in Zukunft beim Bauamt lediglich zur Anzeige gebracht werden.

Dem Beschluss vorausgegangen war eine umfangreiche gesellschaftliche Diskussion des Gesetzesentwurfs, an der über 150 Verbände und andere Institutionen beteiligt waren. Das Pankower Bezirksamt intervenierte im Auftrag der BVV gegen eine Aussage im Entwurf, wonach die Einrichtung von Spielplätzen auf Wohngrundstücken durch Investoren erst ab dem Bau von sechs Wohnungen vorgeschrieben wird. Es sollte die alte Regelung, nach der eine solche Verpflichtung bereits ab dem Neubau von drei Wohnungen galt, weiterhin Bestand haben. Dieser Vorschlag fand aber keine Berücksichtigung. Als größtes Problem, so verlautet aus dem Bezirksamt, gilt der Wechsel von bisher präventiver Arbeit hin zum repressiven Agieren. Dort warnt man: »Vieles, was bislang im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens vorab geregelt wurde, wird nun nur noch im Nachhinein durch repressive Eingriffe korrigierbar sein«.



©Steffen Plett

Schlangestehen für eine Currywurst bei Konnopke.

Gäste sind willkommen

Pankow hat seit kurzem ein Tourismus-Marketing-Konzept **Von Hartmut Seefeld**

Anfang Oktober feierte Waltraut Ziervogel ein besonderes Jubiläum. Vor 75 Jahren gründete ihr Vater Max Konnopke den gleichnamigen Imbiss, dem sie ab 1976 schließlich selbst als Chefin vorsteht. Die privatwirtschaftliche Wurstbude unter dem Magistratschirm an der Schönhauser Allee, die eben auch zu DDR-Zeiten nicht als staatliche HO-Versorgungseinrichtung daherkam und mit ihren für Nachtschwärmer freundlichen Öffnungszeiten auch vielen Berlintoouristen aus dem Westteil der Stadt auf ihrem Weg zum Grenzübergang Bornholmer Straße ins Auge sprang, wurde bald fester Bestandteil in ihren diversen Touristenführern. So entwickelte sich Konnopke im Laufe der Jahre auf Grund der unkonventionellen Betriebsbereitschaft in exponierter Lage und doch eher unabhängig von Wurstgeschmack und Ketchupgeheimrezept in Ost und West gleichermaßen zur Institution. Nach der Wende gelang es Frau Ziervogel, das Image aufrecht zu erhalten. Gerüchte, etwa jenes, wonach Wurstliebhaber und Noch-Bundeskanzler Gerhard Schröder schon mal seine Zwischenmahlzeit an der abgasmwaberten

Kreuzung am U-Bahnhof Eberswalder Straße orderte, beförderten das Geschäft. Heute ist »Konnopke« eine »Marke«.

»Um eine Marke zu kreieren, muss man normalerweise wahnsinnig viel Geld in die Hand nehmen und viele Jahre Geduld haben«, erklärt der Marketingexperte Andreas Lorenz von der Karlsruher Agentur Reppel & Lorenz. Seine Gesellschaft hat im Auftrag des Bezirksamts für 80.000 Euro ein Tourismus-Marketing-Konzept für Pankow erarbeitet und präsentierte die über hundert Seiten umfassende Studie gemeinsam mit der Bezirksstadträtin für Kultur und Wirtschaft, Almuth Nehring-Venus, am 13. Oktober im ehemaligen Jüdischen Waisenhaus in Pankow der interessierten Öffentlichkeit. »Wenn man im Besitz von Marken ist«, so der Tourismusberater, »dann müssen die auch besonders gepflegt und entwickelt werden«. Für Lorenz ist darum klar: »Soll der Tourismus in Pankow weiterentwickelt werden, müssen wir die Stärken stärken«. Mit diesem geflügelten Wort unterstützt der Berater Initiativen des Bezirks, besonders die urbanen Angebote in

Prenzlauer Berg im Bewusstsein der touristischen Kundschaft zu erhalten und sie vor allem ständig weiter zu entwickeln. Denn Prenzlauer Berg sei, wie Konnopke eben auch, eine touristische Marke.

Marke Prenzlauer Berg

Und tatsächlich legt das Tourismuskonzept sein Hauptaugenmerk vor allem auf die touristischen Potenzen von Prenzlauer Berg. Schon das Fazit zu den Sehenswürdigkeiten ist darin sehr eindeutig formuliert: »Der Orts- teil Prenzlauer Berg ist auf Grund seiner überregionalen Bekanntheit, der schon in DDR-Zeiten begründeten Kunst- und Kulturszene und seiner besonderen Atmosphäre international ausgerichtet und ein wesentlicher Bestandteil von Berlinbesuchen nationaler und internationaler Touristen«. Und weiter: »Die übrigen Ortsteile sind touristisch nur zum Teil interessant. Pankow und Weißensee bieten im Rahmen der Vermarktung von Nischenthemen wie DDR-Geschichte, Jüdisches Leben und Architektur touristisches Potenzial«. Kern eines touristischen Erlebniskonzepts könne so vor allem die »Atmosphäre im Umfeld von Kollwitzplatz und Helmholtzplatz« werden.

Die Konzentration auf Prenzlauer Berg setzt sich auch bei der Reflexion von multifunktionalen Veranstaltungs- und Kulturstandorten fort. Mit der Max-Schmeling-Halle, dem Velodrom, der Kulturbrauerei, dem Pfefferberg, der Backfabrik; dem Kulturhaus WABE und den Tiefbehältern am Wasserturm liegen sieben von neun aufgezählten Einrichtungen im so genannten Szenebezirk. Die übrigen zwei, das Kulturhaus »Peter Edel und die Brotfabrik, gehören zu Weißensee. Auch in der kleinteiligen Kunst macht die Studie in Prenzlauer Berg den absoluten Schwerpunkt aus. Hier wurden über 90 Galerien und Ateliers gezählt, besonders im Umfeld der Kastanienallee, der Stargarder Straße sowie von Helmholtzplatz und Kollwitzplatz. Und selbst unter Shopping-Aspekten soll der urbane Prenzlauer Berg unter dem Stichwort »Szeneshopping« eine weitergehende Vermarktung erfahren. Zu den entsprechenden Leuchttürmen wer-

den hier neben dem Ökomarkt am Kolle und dem samstäglichem Markt am gleichen Ort besonders die Antiquitätengeschäfte, alternative Modeläden, Kunsthandwerksangebote, Secondhandgeschäfte und selbst Wellness- oder Tattoostudios gezählt. Und natürlich gilt auch das vielfältige gastronomische Angebot als Faktor mit touristischer Anziehungskraft. Knapp 1.300 sogenannte Gastronomiebetriebe wurden im Großbezirk gezählt. Davon befinden sich rund 60 Prozent, also rund 900 derartiger Einrichtungen, in Prenzlauer Berg, wo ein Imbiss (Konnopke) genauso Kult ist wie ein elsässisches Spezialitätenrestaurant (Gugelhof).

Tourismus als Geldmaschine

Dabei ist die Entwicklung des Tourismus aber auch eine sehr ambivalente Geschichte. Es ist nicht jedermanns Sache, als Einheimischer wie in einem Panoptikum permanent aus verdunkelten Busfenstern angestarrt zu werden, seinem preußischen Ordnungssinn römische oder polnische Lebenswirklichkeiten entgegengesetzt zu bekommen und selbst im als Geheimtipp geadelten Stammlokal plötzlich nur mit beträchtlichem Aufwand einen Platz zu ergattern. Auf der anderen Seite leben nicht wenige Anwohner von der Branche. »Der Tourismus ist für unseren Bezirk ein außerordentlich wichtiger Wirtschaftsfaktor«, erklärt Pankows Wirtschaftsstadträtin Almuth Nehring-Venus. Sie hatte die vorliegende Studie initiiert, um die touristische Erschließung und die entsprechenden Angebote weiter zu verbessern. »Wir wollen noch mehr Gäste in den Bezirk holen und ihre Verweildauer hier verlängern«, gibt sie die Richtung vor. In diesem Sinn ist Pankow bereits auf einem guten Weg. Zählte der gesamte Bezirk im Jahre 2003 mit seinen 2.813 Betten in 15 Hotels, 5 Hostels und 24 Pensionen noch rund 400.000 Übernachtungen und lag damit noch hinter Lichtenberg auf Platz acht einer entsprechenden Berliner Rangliste, so wurde er ein Jahr später mit 580.000 Übernachtungen auf Platz fünf registriert. Nicht mitgezählt wurden viele Besucher in der »touristischen Grauzone«, wenn also Verwandte oder

Freunde in der Wohnung übernachten und natürlich keine statistisch erfassbare Spur hinterlassen. Denn das berühmt-berüchtigte Hausbuch der Deutschen Volkspolizei, worin ein Hausbuchverantwortlicher fein säuberlich jeglichen Privatgast, der länger als drei Tage zu Besuch weilte, registrierte, hatte sich gemeinsam mit der DDR in Luft aufgelöst.

Ausgehend allein von den kommerziellen Übernachtungen haben jene Menschen, die hinter den 580.000 Übernachtungen stehen, täglich im Durchschnitt immerhin 178 Euro ausgegeben und damit in Pankow für einen Bruttoumsatz in Höhe von 103,3 Millionen Euro gesorgt. Bei Tagesgästen und den privaten »Sofatouristen« vermuten die Experten noch einmal zusammen 186,5 Millionen Euro, so dass Pankow im vergangenen Jahr einen Gesamtbruttoumsatz in Höhe von 289,8 Millionen allein durch Touristen verbuchen konnte.

TIC wird gebraucht

Seit Mai 2004 gibt es im Bezirk auch ein Touristeninformationszentrum mit Sitz in der Kulturbrauerei. Das »TIC Prenzlauer Berg« wird in erster Linie mit Geld aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, EFRE gefördert. Der zunächst bis Ende 2005 festgelegte Förderzeitraum wurde kürzlich um zwei weitere Jahre bis Ende 2007 verlängert. Tourismusexperte Lorenz hält das TIC für eine geeignete professionelle Marketingplattform. »Eine koordinierende und treibende Funktion dafür kann aber nur ein nachhaltig gesichertes TIC im Prenzlauer Berg sein, das eine professionelle und stärker kommerzialisierte Struktur aufweisen muss«. Die Empfehlung, mittel- und langfristig die Finanzierung der Einrichtung, in der Stadtführungen vermittelt, Konzert- und Theaterkarten verkauft, Reservierungen im Gastgewerbe vorgenommen werden und es auch ortstypische Souvenirs zu kaufen gibt, in einer Mischung aus Mitteln des Bezirks und eigenen Einnahmen zu finanzieren, dürfte auf Grund des desolaten Zustands des Bezirkshaushalts problematisch werden. Eine starke Integration der Nutznießer des durch das TIC



©Henrik Pohl

Der Wasserturm ist oft Touristenziel in Prenzlauer Berg.

bewirkten Marketings gilt auch darum als unabdingbare Voraussetzung.

Kritik aus Pankow

Die Priorität, die Prenzlauer Berg in der Studie eingeräumt wird, ist besonders bei Alt-Pankowern auf harsche Kritik gestoßen. Politische Attraktionen wie das Schloss Schönhausen und das benachbarte »Städtchen« werden ebenso ins Feld geführt wie die langjährigen literarischen Traditionen in Pankow, begründet etwa durch Christa Wolf oder Volker Braun. Es gab die Idee, analog zur gelungenen Vermarktung des Hauptmanns von Köpenick, den Schwankhelden und Pflingstreisenden Bolle zur Touristenattraktion zu entwickeln. Und fuhr nicht auch Lindbergs Sonderzug nach Pankow?

An Stadträtin Nehring-Venus ist es nun, die divergierenden Akteure im Bezirk auf einen gemeinsamen Nenner zu führen, denn es ist schwer vorstellbar, dass aus Bolle eine Marke wird oder Christa Wolf Begeisterung zeigt, wenn permanent Touristen vor ihrer Wohnung im Amalienpark herumlungern. Nicht im Mittelpunkt zu stehen, hat ja durchaus auch seinen Reiz. Und das kann eigentlich jeder spüren, der nach einer Currywurst bei Konnopke zurück in die »alte Parkstadt« Pankow fährt.

Warten hat ein Ende

Bibliothek in der Bizetstraße endlich geöffnet Von A. Molle

Mit mehrmonatiger Verspätung haben jetzt die Weißenseer Stadtbibliothek und die Volkshochschule die Arbeit in ihrem neuen Domizil in der Bizetstraße 41 aufnehmen können. In den von einem privaten Investor errichteten und zu großen Teilen vom Bezirksamt angemieteten Neubau im Sanierungsgebiet Komponistenviertel waren die Bibliothekare bereits im Juli eingezogen. Doch wegen diverser Baumängel verzögerten sich die Freigabe des Gebäudes und die Bibliotheksöffnung immer wieder aufs Neue. Noch immer sind die den Fünfgeschosser umgebenden Flächen sowie die durch die Bauarbeiten in Mitleidenschaft gezogenen Gehwegbereiche an der Bizet- und Mahlerstraße nicht gestaltet, und an der Rückseite steht auch noch ein Baugerüst. Dagegen kann sich das Interieur des Neubaus, in dem nun mehrere ehemalige Weißenseer Bibliotheken zusammengefasst sind und acht Räume von der Volkshochschule genutzt werden, durchaus sehen lassen. Glanzstück ist der große Lesesaal mit einer Freitreppe, die 1. und 2. Obergeschoss verbindet. Das Angebot reicht von Kinder- und Jugendliteratur über Belletristik, Fachbücher und -zeitschriften bis zu audiovisuellen Medien wie DVDs und CDs. Über das Internet bietet die Bibliothek, deren Bau Mitte der 90er Jahre zu einem kulturellen Sanierungsziel erklärt worden war, Zugang zu den weltweiten Netzen. Für Lesungen und andere Veranstaltungen steht in dem neuen Bildungszentrum ein Saal mit 100 Sitzplätzen zur Verfügung. Als Teil des Verbundes der öffentlichen Bibliotheken Berlins wird die »Bibliothek am Antonplatz« -so der offizielle Name- auch wichtiger Partner der Schulen im Bezirk sein. Geöffnet ist montags von 10 bis 20 Uhr, dienstags, donnerstags und freitags von 10 bis 19 Uhr sowie mittwochs von 15 bis 19 Uhr.

Andrang in der NISCHE

Jugendtreff im Komponistenviertel erfreut sich regen Zuspruchs Von A. Molle

Auch wenn das Programm in der neuen Kinder- und Jugendfreizeitstätte NISCHE in der Mahlerstraße 4 und 6 aus personellen und finanziellen Gründen zurzeit noch eingeschränkt ist, können sich die Betreiber über Besuchermangel nicht beklagen. Die Angebote, die FIPP e.V., ein berlinweit tätiger Träger der Kinder- und Jugendhilfe, im Neubau Mahlerstraße 6 und im sanierten Bestandsgebäude Mahlerstraße 4 vorhält, werden gut angenommen. Gleiches gilt für das kommunale Mädchenprojekt »Frei-Raum«, dessen Arbeitsschwerpunkte in der restaurierten Remise Musik und Tanz sind. Bei der offiziellen Einweihung am 21. Oktober konnte Jugendstadträtin Christine Keil darauf verweisen, dass mit der Fertigstellung der NISCHE das Defizit im Jugendfreizeitbereich im Sanierungsgebiet Komponistenviertel faktisch beseitigt ist. Allein für den mit einer Photovoltaikanlage ausgestatteten Neubau in der Mahlerstraße 6 standen 1,25 Millionen Euro aus Fördertöpfen der EU, des Bundes und Berlins zur Verfügung. In welchem Umfang das von FIPP e. V. und »Frei-Raum« konzipierte und erfreulich vielfältige Programm nun

zum Tragen kommt, hängt davon ab, in welcher Höhe der Bezirk das Projekt fördert. Klarheit wird es da erst geben, wenn der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses über den Entwurf des Bezirkshaushalts für 2006/07 befunden hat.

Ein Anfang ist in der NISCHE jedoch gemacht. Für die »Lerninsel«, wo unter anderem PC-Schulungen für Kinder und Erwachsene angeboten werden, stellt das Bezirksamt 12 Computer zur Verfügung. Mit der Picasso-Grundschule und der Schule im Komponistenviertel ist eine Koch-AG verabredet, für die im 1. Obergeschoss des Neubaus neben dem Partyraum eine Küche eingerichtet wurde. Im Nachbargebäude wollen FIPP e.V. und der in der Meyerbeerstraße ansässige Verein BAUFACH-FRAU BERLIN eine Holzwerkstatt etablieren, und in einer Fahrradwerkstatt sollen Jugendliche lernen, Reparaturen durchzuführen und gegen einen kleinen Obolus Menschen aus der Nachbarschaft zu helfen. Geldspenden für den Erwerb von Werkzeugen, Spiel- und Sportmaterialien, Büchern und anderen Medien sind daher höchst willkommen.

Viele Ideen für die Nische kamen auch von Schülern der Picasso-Grundschule und der Schule im Komponistenviertel.

© Albrecht Molle



Ältestes Haus am Platz

Aus der Geschichte der Pankower Pfarrkirche Von Hartmut Seefeld

Weite Teile der Mark Brandenburg waren im 13. Jahrhundert noch Siedlungsgebiet heidnischer Slawenvölker und bildeten geradezu eine Herausforderung für diverse christliche Orden, das Land mit Unterstützung der Markgrafen zu »kultivieren«. In der Umgebung der prosperierenden Doppelstadt Berlin-Cölln waren besonders die Zisterziensermönche aktiv. Sie gründeten nicht nur Klöster in Lehnin (1180) und Chorin (ca.1270) als Stützpunkte zur Vertreibung bzw. zur Christianisierung der Wenden, sondern auch eine Vielzahl kleiner Kirchen. Auf eine solche Gründung ist auch die Pfarrkirche auf dem Pankower Anger zurückzuführen. Um 1230

hier anschließend auf Initiative des zum lutherischen Glauben konvertierten Kurfürsten Joachim II. mit Johann Moller ein evangelischer Pastor seinen ersten reformierten Gottesdienst zelebrierte. Zahlreiche silberne Ausstattungsgegenstände aus der katholischen Zeit wanderten 1540 in die Schatzkammer des Landesvaters.

Zu den vier Evangelisten

Für große Aufregung sorgte 1737 ein schwerer Sturm, der den hölzernen Kirchturm stark in Mitleidenschaft gezogen hatte. Zwar wurde dieser umfassend repariert, doch 1832 musste er wegen akuter Baufälligkeit

zeichnete persönlich für den an den Westgiebel anschließenden Erweiterungsbau im neugotischen Stil verantwortlich. An der Nahtstelle von Alt- und Neubau entstanden zwei 36 Meter hohe achteckige Glockentürme. Prinz Wilhelm von Preußen, der bereits ab 1858 die Amtsgeschäfte seines geistig umnachteten Bruders Wilhelm Friedrich IV. weiterführte und 1871 zum deutschen Kaiser gekrönt wurde, spendete für den in der alten Kapelle eingerichteten Chorraum die Bleiverglasungen mit Motiven der vier Evangelisten des Neuen Testaments - Johannes, Matthäus, Markus und Lukas. Seit dem Eröffnungsgottesdienst am 15. Juli 1859 heißt darum die Pankower Pfarrkirche »Zu den vier Evangelisten«. Die Scheiben wurden im Zweiten Weltkrieg zerstört und 1959 durch Nachbildungen aus der Werkstatt von Inge Pape ersetzt.

Bereits 1906 wurde der Kirchenbau erneut nach Westen hin erweitert. Im gotisierenden Stil entstanden unter anderem der »Coventry-Saalk«, in dem 1964 ein Nagelkreuz mit Nägeln der durch deutsche Bomber zerstörten Kathedrale von Coventry hängt, sowie auch das heutige Portal. Diese neuerliche Ergänzung führte allerdings dazu, dass die eigentliche Westfassade von Stüler verdeckt wurde. Aus jener Zeit stammt auch die berühmte Linde an der Südostseite der Kirche, deren imposant gewachsene Baumkrone zahllosen Vögeln Quartier bietet und die zugleich auch als ein Wahrzeichen des Pankower Angers gilt.

Durchweg jüngeren Datums sind der Altar samt Kreuz sowie auch die Orgel aus der Dresdener Fabrik Jehmlich. Die so genannten Prinzipalstücke stammen aus den 70er Jahren und haben ein eher schlichtes, zeitloses Design. Der »Förderverein alte Pfarrkirche« sammelt nun Geld nicht nur für eine neue Ausstattung, sondern vor allem auch für die notwendige bauliche Sanierung des unter Denkmalschutz stehenden Kleinods. Pfarrerin Ruth Misselwitz, 1981 an die Pankower Pfarrkirche berufen, veranschlagt die Kosten für eine Rundumsanierung mit 1,5 Millionen Euro. Geld, das weder Gemeinde noch Bezirk haben, weshalb der Verein weiterhin um Spenden bittet.



©Chronik Pankow

Die Pankower Kirche am Anger um das Jahr 1797.

bauten hier die Zisterzienser eine kleine Kapelle aus Feldsteinen. Anfang des 14. Jahrhunderts bekam der erfolgreiche Stützpunkt von den Markgrafen sechs Morgen Land zuerkannt und entwickelte sich schon sehr bald zum Zentrum des Dorfes Pankow. Im 15. Jahrhundert erfuhr die schlichte gotische Kapelle einen größeren Umbau, und mindestens seit 1475 rief eine Glocke die Gläubigen zum Gottesdienst. Das ging so bis 1539, als mit Pfarrer Krüger der letzte katholische Würdenträger starb und

zunächst ersatzlos abgetragen werden. Mitte des 19. Jahrhunderts haben zahlreiche vermögende Berliner das Dörfchen Pankow zu ihrem Sommersitz auserkoren, die Einwohnerzahl stieg rasant, und das Kirchlein platzte aus allen Nähten. 1857 bis 1859 wurde darum erneut umfangreich Hand an das historische Haus gelegt. Preußens König Wilhelm Friedrich IV. hatte zuvor angewiesen, die Feldsteinkapelle unbedingt zu erhalten. Sein Hofarchitekt, der Schinkelschüler und Geheime Rat Friedrich August Stüler,

Kitacard für Kitakinder

Von Nilson Kirchner, Kinder- und Jugendhilfeausschuss der BVV Pankow

Das Vorhaben, die Kinderbetreuung im Bezirk völlig neu zu gestalten, beschäftigt das Bezirksamt, seine Verwaltung und vor allem auch den Kinder- und Jugendhilfeausschuss der BVV Pankow schon seit geraumer Zeit. Zunächst eher vage diskutiert, hat es in den vergangenen 18 Monaten in

als auch das Verfahren zur Übertragung von kommunalen Kindereinrichtungen an freie Träger (s. Vor Ort Januar/Februar 2005). Im Mai/Juni dieses Jahres waren dann diese Verhandlungen weitgehend abgeschlossen, und der Ausschuss konnte die Übertragung von 40 Kindertages-



©Hartmut Seefeld

Das Prenzlberger Schwalbennest in der Diesterwegstraße in Prenzlauer Berg wird saniert und verbleibt im Eigenbetrieb.

der KiTa – Landschaft heftige Bewegung ausgelöst. Zunächst hatte Berlin neue Rahmenbedingungen durch die Verabschiedung mehrerer Reformgesetze geschaffen. Demnach werden in Zukunft zwei Drittel aller Kindertagesplätze im Bezirk durch freie Träger angeboten und das verbleibende Drittel durch einen kommunalen Eigenbetrieb abgesichert. Die Vergabe und Abrechnung erfolgt ab Januar 2006 mittels einer Kitacard, die zugleich die freie Auswahl einer Kindertagesstätte oder Tagesmutter durch die Eltern ermöglicht.

Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss der BVV Pankow beschloss bereits 2004 sowohl die Grundsätze

stätten mit 3.300 Plätzen zum August 2005 an freie Träger beschließen. Dieser Prozess verlief nicht reibungsfrei, zwei Träger, die bereits den Zuschlag erhalten hatten, sagten plötzlich ab. Doch das Problem konnte durch eine Übereinkunft mit zwei neuen Trägern im Eilverfahren gelöst werden. Dieser Betreiberwechsel ist in unserem Bezirk völlig unstrittig und wird bis August 2006 abgeschlossen sein. Dann werden in Pankow voraussichtlich 10.500 Plätze von freien Trägern angeboten.

Der zweite Teil des Umbaus der KiTa-Landschaft betrifft die Gründung eines kommunalen Eigenbetriebs zum Jahresbeginn 2006. Vorausge-

gangen war eine heftige Diskussion zwischen dem Berliner Senat mit seinem Wunsch nach einem einzigen Eigenbetrieb für die ganze Stadt und den 12 Bezirken mit der Forderung, jeweils allein die Hoheit über die kommunalen Kita-Angebote zu haben. Der Kompromiss sieht jetzt vor, dass mehrere Bezirke einen gemeinsamen Eigenbetrieb gründen. Pankow wird mit Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg ein solches Unternehmen aus der Taufe heben. Das neue KiTa-Kombinat wird »Kindergärten NordOst« heißen. Von den insgesamt 7.700 Plätzen wird unser Bezirk 3.700 Plätze einbringen. Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg sind mit jeweils 2.000 Plätzen dabei.

Auf Grund der Einmaligkeit der Aufgabe -das Gründen von Eigenbetrieben zählt eher nicht zum Politik- und Verwaltungsalltag der Bezirke- war das Unterfangen durch Kontroversen unter anderem zu Fragen der Zusammensetzung der Kontrollgremien, zu einer befürchteten Besserstellung des Eigenbetriebs gegenüber den freien Trägern und zu den finanziellen Ausstattungen geprägt. Schon jetzt wird vor einem Bankrott gewarnt, wenn die schwer kalkulierbaren finanziellen Risiken, so wie es Jugendsenator Klaus Böger will, ausschließlich von den Bezirken getragen werden sollen. Doch egal ob Eigenbetrieb oder freier Träger, die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt bleiben auch in Zukunft auf verschiedene Art für beide Angebotsbereiche verantwortlich. Dabei gilt auch, dass der immer noch große Sanierungsrückstand der Gebäude ohnehin nur in enger Kooperation mit dem Bezirksamt aufgeholt werden kann. Auch für die Sicherung der Angebotsqualität in den Einrichtungen wird es egal sein, in welcher Trägerschaft sich die Kindereinrichtung befindet. Eigenbetrieb und freie Träger werden künftig die gleichen Voraussetzungen haben, weil es eben auch die gleichen Finanzierungsgrundlagen geben wird. Die Qualität in der Tagesbetreuung der einzelnen Anbieter wird für uns das Thema der nächsten Jahre sein, denn schon jetzt lassen Eltern diesen Aspekt zunehmend in ihre Wahlentscheidung einfließen.



© Albrecht Mollé

Der Rahmenplan Verkehr weist die Wörther Straße zwischen Husemann- und Kollwitzstraße als Fußgängerzone aus.

Debatte auf breiter Basis

Verkehrsziele sollen mit Bewohnern diskutiert werden Von A. Mollé

Die Betroffenenvertretungen in den fünf Sanierungsgebieten von Prenzlauer Berg sind seit jeher dafür bekannt, zu Planungen von größerer Tragweite erst dann Stellung zu nehmen, wenn auch die Bewohner Gelegenheit hatten, sich dazu zu äußern. So überrascht es kaum, dass es im Sanierungsbeirat Prenzlauer Berg noch nicht zu einer ausführlichen Diskussion über den Mitte August vom Bezirksamt vorgelegten Beschlussentwurf zur »Präzisierung des Sanierungsziels für den öffentlichen Raum und Verkehr« gekommen ist (s. Vor Ort 10/2005). Vielmehr wartete eine von den Betroffenenvertretungen gebildete Arbeitsgruppe Verkehr am 13. Oktober mit der Mitteilung auf, man fühle sich angesichts der Tragweite des Projekts zu einer Stellungnahme nicht legitimiert, sondern wolle »ein geeignetes Verfahren zur Einbindung der Gebietsbewohner organisieren«. So soll der Entwurf, in dem Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in den Gebieten Helmholtzplatz, Kollwitzplatz, Teutoburger Platz, Winsstraße und Bötzowstraße, wie zum Beispiel Tempo 30-Zonen, Gehwegvorstreckungen und Radfahrstreifen, als vorrangig eingestuft werden, zunächst auf Einwoh-

nerversammlungen vorgestellt und danach in öffentlichen Planungsworkstätten diskutiert werden. Dabei gehe es nicht darum, bereits Abgestimmtes in Frage zu stellen, doch sei es trotz knapper Mittel vor allem notwendig, verkehrsberuhigte Bereiche zu schaffen. Dagegen bevorzugt das Bezirksamt den Bau weiterer Gehwegvorstreckungen. »Das Verkehrszeichen, das einen verkehrsberuhigten Bereich ausweist, wird von Kraftfahrern leicht übersehen. Dagegen machen Gehwegvorstreckungen die Situation für alle Verkehrsteilnehmer übersichtlicher und führen auch nicht zum Wegfall allzu vieler Autostellplätze«, gibt Ralf Lehmann-Tag, amtierender Leiter der Unteren Verkehrsbehörde im Bezirk, zu bedenken. Beim Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Martin Federlein, stößt der Wunsch nach Einbeziehung der Gebietsbewohner in die Diskussion auf Verständnis, zumal die Umsetzung bereits abgestimmter und bewilligter Maßnahmen dadurch ja nicht verzögert oder verhindert werde. Modalitäten und Termine der Bewohnerversammlungen und Workshops werden nun zwischen den Betroffenenvertretungen und dem Sanierungsbeauftragten S.T.E.R.N. abgestimmt.

Neuer Nutzer gesucht

Bezirk schreibt ehemalige Schulbaracke aus Von A. Mollé

Als Gemeindebaurat Carl James Bühring, dem Weißensee sein kommunales Zentrum an der Pistoriusstraße verdankt, im Mai 1912 die Aufstellung einer Schulbaracke für das damals stark frequentierte Lyzeum in der nahe gelegenen Parkstraße 15 genehmigte, glaubte wohl niemand, dass der ein Jahr später von der Firma Ferdinand Bendix Söhne AG gelieferte transportable Holzbau ein ganzes Jahrhundert überdauern würde. Doch das knapp 20 Meter lange, mit einem Satteldach versehene Gebäude, in dem bis 1928 dutzende Mädchenklassen unterrichtet wurden, ist heute Berlins älteste noch erhaltene Schulbaracke. In den 30er Jahren von den Nazis als Heim für die Mädchenorganisation BDM, nach Kriegsende von der sowjetischen Militärverwaltung als Nachrichtenbüro und zu DDR-Zeiten vorwiegend als Lagerraum genutzt, dient der Barackenbau seit Mitte der 90er Jahre als Depot des Stadtgeschichtlichen Museums Weißensee. Doch auch damit ist es jetzt vorbei, denn die Heizung ist wegen eines Bedienungsfehlers seit Jahren defekt und muss erneuert werden. Der Bezirk, dem das Grundstück gehört, hat kein Geld für anstehende Reparaturen.

Während das ebenfalls sanierungsbedürftige ehemalige Haupthaus des Lyzeums direkt an der Parkstraße durch den Liegenschaftsfonds vermarktet werden soll, verbleibt die alte Schulbaracke im hinteren Grundstücksbereich zunächst in der Verfügung des Bezirks. Um zu prüfen, ob es Chancen für eine weitere, vorzugsweise kulturelle Nutzung des denkmalwürdigen Gebäudes gibt, hat das Amt für Kultur und Bildung jetzt ein Interessenbekundungsverfahren eingeleitet. Findet sich ein potenter Nutzer, soll auch die Zuwegung von der Parkstraße her vertraglich eindeutig geregelt werden.



©Planungsteam Balzke Palinske GmbH

Blick auf die künftige Metzger Straße 43. Ganz links ist das geplante Hotel in der Schönhauser Allee 19 zu sehen.

Kollwitzspitze wird bebaut

Am Senefelderplatz entstehen Wohnungen und ein Biomarkt **Von H. Seefeld**

Der Gastronom der »Völkerfreundschaft« in der Schönhauser Allee 21 hat seinen Bauwagen mit eingebautem Tresen ins Winterquartier gefahren. Seit einigen Jahren stand das Vehikel, umringt von diversen Sitzmöbeln, auf einer Wiese am U-Bahnhof Senefelderplatz und lud sehr erfolgreich Touristen und Anwohner zum Relaxen ein. Viele wussten auch den kurzen Weg über die Brache zur Kollwitzstraße zu schätzen, und wieder andere genossen den für Prenzlauer Berg ungewöhnlich freien Blick. Mit all diesen Vergnügungen ist es nun vorbei, denn Mitte Oktober rückte ein Holzfällertrupp an und sorgte für Baufreiheit. »Alles ganz legal«, bestätigt Umweltstadtrat Matthias Köhne, dessen Behörde die Baumfällungen aufgrund gültiger Baugenehmigungen nicht beanstandete. Es ist ihm wichtig, dass die Investoren der Kollwitzspitze GmbH & Co. KG ein solches Papier bereits im Februar 2001 erhalten haben, denn es regt sich jetzt starker Widerspruch: »Diese Ecke war besonders für die Anwohner zu einem Teil ihres Lebens geworden, warum kann so ein Stück Erde nicht mal so bleiben, wie es ist?«, fragte zum Beispiel Ingeborg Kielstein

aus der Dunckerstraße, und für Ivan Gabovich aus der Metzger Straße ist es völlig unvorstellbar, dass die Fläche bebaut wird, denn er macht sich »große Sorgen um den Verlust an Sympathie, den eine *veränderte* Grünfläche hier haben wird«.

Doch das Bauvorhaben hat eine lange Vorgeschichte. Zur Brache wurde die Fläche bei einem Bombenangriff der Alliierten am Abend des 22. November 1943, der die komplette Gründerzeitbebauung in Schutt und Asche legte. Ende der 80er Jahre plante die DDR hier Wohnhäuser, aber die Idee wurde durch die Wende obsolet. Im Rahmenplan für das Sanierungsgebiet Kollwitzplatz, der seit 1993 grundstücksgenau die Sanierungsziele verbindlich definiert, wird die Fläche Schönhauser Allee 19, Metzger Straße 43 und Kollwitzstraße 15 bis 21 bereits für eine Wohn- und Gewerbenutzung ausgewiesen. Damit war die Grundlage für die aktuelle Situation manifestiert worden. Ende der 90er Jahre wurde dann der Projektentwickler Jürgen Vogel mit Bauplänen für das Grundstück Schönhauser Allee 19 im Amt vorstellig. Dort entwickelte sich, initiativreich unterstützt von der damaligen Baustadträ-

tin Dorothee Dubrau, folgendes Procedere: Per Investitionsvorrangbescheid sollte Vogel auch die anderen Grundstücke erwerben, dann einen Architektenwettbewerb für den »außerordentlich bedeutenden Stadtraum« gewährleisten und so eine kompakte einheitliche Lösung für das »Tor zum Prenzlauer Berg« ermöglichen. Und so geschah es auch. Im Frühjahr 2000 wurde der Wettbewerb organisiert, 104 Architekten nahmen teil, sieben kamen in die engere Auswahl. Das Büro Leon, Wohlhage, Wernik bekam mit Auflagen den ersten Preis für seine kompakte Bebauungsidee. Ab Februar 2001 lag dafür das Baurecht vor. Die Umsetzung ließ aber auf sich warten, und so eroberte die »Völkerfreundschaft« das Terrain.

Seitdem gab es hinsichtlich der Kubatur und der Nutzungsanforderungen -weg vom Büro und hin zum Wohnen- deutliche Überarbeitungen, mit denen das Planungsteam Balzke Palinske GmbH beauftragt wurde. »Wegen der Änderungen musste auch ein neuer Bauantrag gestellt werden, dessen Genehmigung wir in den nächsten Wochen erwarten«, erklärt der Architekt Bernd Balzke. »Für den Aushub der Baugrube hat der Investor bereits die erforderliche Genehmigung«, bestätigt der Stadtrat für Stadtentwicklung, Martin Federlein. Der etwas überraschende Baubeginn hat handfeste wirtschaftliche Gründe, denn der befristete Investitionsvorrangbescheid für die Grundstücke Metzger Straße/Kollwitzstraße drohte ohne Investitionen auszulaufen, das gesamte Vorhaben wäre gefährdet. Projektentwickler Jürgen Vogel bestätigt, dass zunächst die Gebäudeteile auf diesen Flächen gebaut werden. »Es entsteht eine Tiefgarage mit 40 Stellplätzen, darüber ein großer Biomarkt und 80 Wohnungen«. Auf der Fläche Schönhauser Allee 19, das Grundstück ist vom Investitionsvorrangbescheid nicht betroffen, plant er ein Hotel für Rucksacktouristen, der Baubeginn soll nach Fertigstellung des ersten Bauabschnitts erfolgen. Die Investitionssumme für alles beziffert Vogel mit »deutlich mehr als zehn Millionen Euro«. Für jedes der beiden Bauvorhaben wird eine Bauzeit von 18 Monaten veranschlagt.

Heizperiode und Heizpflicht

Von Sylvia Hoehne-Killewald, Geschäftsführerin Mieterberatung Prenzlauer Berg

Der Winter steht vor der Tür, und wir wollen in einer warmen Wohnung sitzen. Wir alle kennen das: man kommt, von der Arbeit gestresst, nach Hause. Draußen ist es schon dunkel, und man freut sich auf die warme Wohnung. Doch dann die Enttäuschung: die Heizung läuft nicht, die Heizkörper sind kalt. Man sitzt da und friert, weil der Vermieter meint, die Heizperiode habe noch gar nicht begonnen. In solchen Situationen ist es gut zu wissen, was zum Thema Heizen im Mietrecht steht.

Heizperiode

Leider gibt es keine gesetzliche Regelung, die festschreibt, wann genau die Heizperiode beginnt und wann sie endet. Als Grundlage gilt zunächst die vertragliche Vereinbarung zwischen Vermieter und Mieter. In allen anderen Fällen wird allgemein die Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. April als Heizperiode angesehen. Aber auch außerhalb dieses Zeitraums kann es ja zu sehr niedrigen Außentemperaturen kommen. Auch darauf muss der Vermieter entsprechend

reagieren. Wenn zum Beispiel die sehr kalte Witterung länger als zwei Tage anhält und die Temperatur in der Wohnung unter 18 Grad sinkt, muss der Vermieter die Heizung in Betrieb nehmen.

Für Sie als Mieter ist zunächst wichtig, was zum Thema Heizung in Ihrem Mietvertrag steht. Denn der Vermieter ist in der Pflicht, die im Mietvertrag festgelegten Temperaturen für Ihre Mietwohnung zu garantieren. Sollten jedoch in Ihrem Mietvertrag zum Beispiel 18 Grad stehen, so ist dies eindeutig zu wenig, diese Regelung wäre hinfällig. In diesem konkreten Fall oder wenn in Ihrem Mietvertrag zu dieser Thematik überhaupt nichts festgehalten ist, können Sie als Mieter mindestens 20 bis 22 Grad Wohnungstemperatur vom Vermieter verlangen. Dies sind auch die Richtwerte für die Rechtsprechung. Sie können vom Vermieter jedoch nicht verlangen, dass er diese Temperatur von 20 bis 22 Grad rund um die Uhr in Ihrer Wohnung garantiert. Die übliche Zeit ist von morgens um sechs bis 24 Uhr. Aber auch hier gibt es Ausnahmen. Wenn es zum Beispiel

draußen sehr kalt ist, könnte es notwendig werden, die Heizung auch nachts laufen zu lassen, um eine Temperatur von mindestens 17 oder 18 Grad aufrechtzuerhalten.

Mietminderung

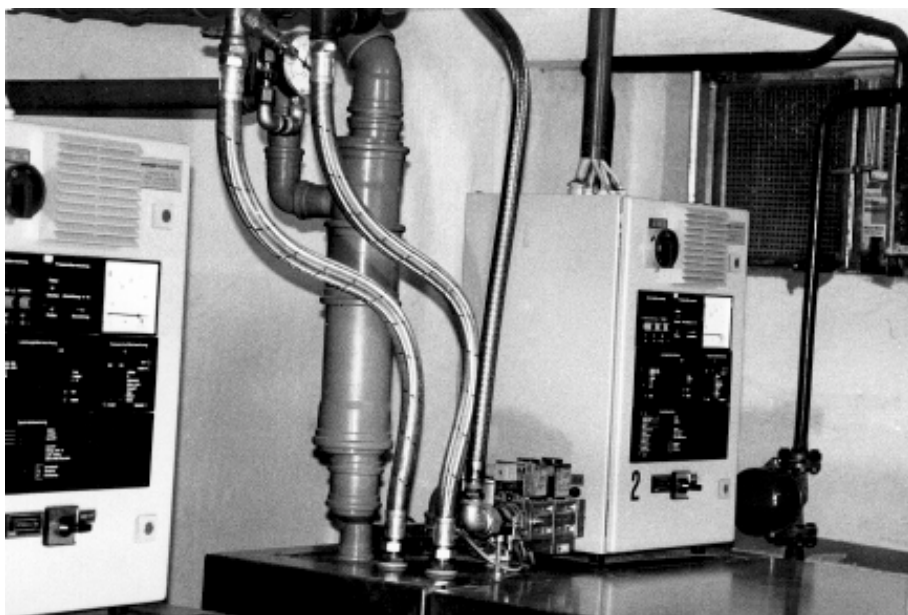
Wenn Ihre Wohnung kalt bleibt, haben Sie als Mieter das Recht, die Miete zu mindern. Die Höhe der Mietminderung hängt natürlich entscheidend von der Dauer und dem Grad der Einschränkung ab. Von den Gerichten werden folgende Richtwerte anerkannt: 20 Prozent Mietminderung bei einer Zimmertemperatur von nur 16 bis 18 Grad, 50 Prozent bei einem zeitweiligen Heizungsausfall im Winter, 75 Prozent bei fehlender Beheizbarkeit der Wohnung während der Heizperiode und 100 Prozent bei totalem Heizungsausfall im Winter.

Mangelnde Beheizung kann auch Grund für eine fristlose Kündigung durch den Mieter sein. Müssen Sie sich zum Beispiel zusätzlich einen elektrischen Heizkörper besorgen, um in der Wohnung nicht frieren zu müssen, haben Sie die Möglichkeit, vom Vermieter Schadenersatz zu verlangen. Vorher sollten Sie ihn aber unbedingt schriftlich über diesen Mangel informieren und ihm eine Frist von zwei Wochen setzen, in der er dann für ausreichend Wärme sorgen kann. Ist es in Ihrer Wohnung deutlich zu kalt und haben Sie Ihren Vermieter schon gemahnt, können Sie ihm auch ankündigen, dass Sie sich einen Heizkörper anschaffen und ihm die Kosten für die Anschaffung und für den Stromverbrauch in Rechnung stellen werden.

Ein weiterer Mangel der Heizung sind auch ständig auftretende lästige Geräusche wie Rauschen, Knacken oder Pfeifen in den Heizkörpern, aber auch eine überdimensionierte und damit unwirtschaftliche Heizung. Als Mieter haben sie keine Verpflichtung, Ihre Räume zu beheizen. Allerdings gilt das nur, solange dadurch keine Rohre einfrieren oder Feuchtigkeitsschäden entstehen. Aber auch hier gilt, wie bei allen anderen Mietrechtsproblemen, lassen Sie sich beraten. Suchen Sie eine unserer kostenlosen offenen Beratungsstellen oder eine andere Mietrechtsberatung auf.

Blockheizkraftwerke sind kostengünstige und ökologische Alternativen für die Wärmeversorgung von Wohnanlagen.

© Albrecht Molle



Fragendes Gedenken

Am 22. Oktober wurde auf dem Gelände des Bezirksamts in Prenzlauer Berg durch Kultursenator Thomas Flierl das »Denkzeichen für die Opfer der Haftstätte Prenzlauer Allee des sowjetischen Geheimdienstes

eines langjährigen Bemühens, die Geschichte der Haftstätte zu recherchieren und zur Erinnerung an die Opfer ein Denkzeichen zu errichten, verständigten sich das Bezirksamt und eine Initiative von Bürgerinnen und Bürgern auf politische Grundsätze für die Ausschreibung eines künstlerischen Wettbewerbs, der im



© Tobias Schietzelt

Die Künstlerin Karla Sache vor ihrem Denkzeichen.

NKWD und des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR« der Öffentlichkeit übergeben. Im Mai 1945 hatte der NKWD im Keller des Hauses 3 eine Haftstätte eingerichtet, die ab 1950 von der Staatssicherheit weitergeführt wurde und mindestens bis 1956 bestand. Hier wurden Menschen inhaftiert, die im weitesten Sinne im Verdacht standen, Gegner der Besatzungsordnung zu sein. Viele Insassen waren willkürlich Beschuldigte, oftmals auf Grund von Denunziationen. Die Behandlung der Verhafteten widersprach auch unter Berücksichtigung der Zeitumstände allen rechtsstaatlichen Grundsätzen. Für die meisten der Inhaftierten begann hier eine langjährige Odyssee durch Zuchthäuser und Lager, von der viele nicht zurückkehrten. Im Ergebnis

Oktober 2004 von der Senatsverwaltung für Kultur und dem Bezirksamt Pankow ausgelobt wurde. Das Ergebnis ist die Realisierung des Entwurfs »fragen!« von Karla Sachse.

Weniger Dauerparken

Der öffentliche Parkplatz auf dem Hof der früheren Zigarettenfabrik Garbáty in der Berliner Straße 123 bis 125 in Pankow wurde jetzt von der Straßenverkehrsbehörde des Bezirks dauerhaft als Kurzzeitparkzone ausgewiesen. Für die 65 Stellplätze gilt nunmehr montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr und samstags von 9 bis 12 Uhr eine begrenzte Parkdauer von einer Stunde. »Neben

den Geschäftsleuten und Kunden der nördlichen Berliner Straße profitieren vor allem auch die Besucher von Geschäften in der Florastraße von dieser neuen Regelung, da durch die dortigen Baumaßnahmen im Fahrbahnbereich vorübergehend zahlreiche Parkflächen entfallen«, erklärte der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Martin Federlein. Die Kontrolle der Einhaltung der neuen Parkordnung obliegt dem Ordnungsamt.

Preiswürdiger Platz

Mit einem Sonderpreis im Rahmen der Verleihung des Gustav-Meyer-Preises für die schönsten Grünanlagen Berlins ist jetzt der im Sommer des Jahres fertiggestellte Pocketpark in der Florastraße 87 im Pankower Sanierungsgebiet Wollankstraße ausgezeichnet worden. In Regie des Amts für Umwelt und Natur entstand auf dem Grundriss eines kriegszerstörten Wohnhauses für 90.000 Euro ein extravagantes Möbelensemble aus Beton mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten. Der aus Garten- und Landschaftsarchitekten bestehenden Jury, die ihre Auswahl aus zwölf Vorschlägen treffen konnte, gefiel beim Projekt Florastraße vor allem die Umsetzung der lediglich 145 m² großen Freifläche als »originelles Kunstwerk«.

Der preisgeldlose Gustav-Meyer-Preis wird seit zehn Jahren von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gestiftet. Der Hauptpreis ging in diesem Jahr an den Wassertorplatz in Kreuzberg, der von der Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAG zu einem interessanten Refugium von hoher Aufenthaltsqualität gestaltet wurde.

Sanierte Straße

Das Kopfsteinpflaster in der Straße Prenzlauer Berg ganz im Süden des Bezirks im Sanierungsgebiet Winsstraße ist Vergangenheit. Für 92.000 Euro, die aus dem Sonderprogramm Straßenunterhaltung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung dem Bezirk Pankow zur Verfügung gestellt wurden, ist in den vergangenen vier Wochen auf über 200 Metern Länge ein Asphaltbelag aufgebracht worden. Zuvor hatten die Berliner Wasserbetriebe die Regenabläufe in diesem Bereich erneuert.

KiezRat konstituiert

Im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des Berliner Quartiersmanagements hat sich jetzt im Helmholtzplatz-Quartier in Prenzlauer Berg ein KiezRat konstituiert, dem Gebietsbewohner und Initiativen angehören. Das neue Bürgergremium, das am 22. September auf einer Kiezkonferenz gewählt worden war, entscheidet über die Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteilbudget. Noch bis 2007 steht im Gebiet Helmholtzplatz sowie im Falkplatz-Quartier Geld für Kiezprojekte aus dem Bundes-Länderprogramm »Soziale Stadt« zur Verfügung. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer hat die Überleitung des bislang umfangreichen und intensiven Quartiersmanagements am Helmholtzplatz und am Falkplatz in ein von den Bewohnern getragenes Verfahren mit der fortschreitenden Stabilisierung beider Gebiete und mit der Notwendigkeit begründet, die immer knapper werdenden Mittel zugunsten benachteiligter Stadtteile im Westen der Stadt umzuverteilen.

Mieterberatung Prenzlauer Berg

Lettestraße 5
Dienstag 14 bis 19 Uhr
Beratung mit Anwalt/Anwältin
17 bis 19 Uhr
Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr
Beratung mit Anwalt/Anwältin
16.30 bis 18.30 Uhr
Gebiet Humannplatz:
Donnerstag 10 bis 12 Uhr
Gebiet Grellstraße/Ostseestraße:
Mittwoch 14 bis 16 Uhr
mit Anwalt/Anwältin
☎ 4 46 85 90
Christburger Straße 44
Montag 10 bis 13 Uhr
Dienstag 14 bis 19 Uhr
Beratung mit Anwalt/Anwältin
16 bis 18 Uhr
Donnerstag 10 bis 13 Uhr, 14 bis 19 Uhr
Beratung mit Anwalt/Anwältin
16 bis 18 Uhr
☎ 4 43 85 90
Templiner Straße 17
Beratung mit Anwalt/Anwältin
Montag 15 bis 16.30 Uhr
Käthe-Niederkirchner-Straße 12
Beratung mit Anwalt/Anwältin
Montag 17 bis 19 Uhr

Gleimstraße 46
Beratung mit Anwalt/Anwältin
Mittwoch 16.30 bis 19 Uhr

Mieterberatung Weißensee – SPAS

Gürtelstraße 12
Dienstag 10 bis 13 Uhr, 17 bis 20 Uhr
Mittwoch 10 bis 13 Uhr, 15 bis 18 Uhr
Donnerstag 15 bis 18 Uhr
☎ 91 20 58 13
Beratung mit Anwalt/Anwältin
Dienstag 17 bis 20 Uhr

Mieterberatung Pankow – FSW

Florastraße 72
Dienstag 10 bis 12 Uhr, 13 bis 18 Uhr
ab 16 Uhr mit Rechtsanwalt
Mittwoch 9 bis 13 Uhr
Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr
☎ 4 85 53 08

S.T.E.R.N.

Sanierungsbeauftragter für die
Sanierungsgebiete in Prenzlauer Berg
Schwedter Straße 263, ☎ 44 36 36 30

Quartiersmanagement:

Helmholtzplatz
Senefelderstraße 6, ☎ 74 77 82 21
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Falkplatz
Gleimstraße 46, ☎ 44 03 93 67
Mittwoch 16 bis 19 Uhr

Complan GmbH

Sanierungsbeauftragter für Weißensee
13088 Berlin, Gounodstraße 23
☎ 9 23 02 80

Büro für Stadterneuerung

Sanierungsbeauftragter für Pankow
10777 Berlin, Motzstraße 60
☎ 85 75 77 10

Sanierungs- verwaltungsstelle

10407 Berlin, Storkower Straße 139c,
☎ 90 295 35 68 (Prenzlauer Berg)
☎ 90 295 35 81 (Pankow)
☎ 90 295 35 59 (Weißensee)

Betroffenen- vertretungen

Helmholtzplatz
Kiezladen, Dunckerstraße 14
Mieterberatung Dienstag 18 Uhr, ab 19 Uhr
BV-Treffen; e-mail: bv-helmi@web.de
Kollwitzplatz
Spielhaus ASP, Kollwitzstraße 35
2. und 4. Mittwoch 20 Uhr BV-Treffen
Teutoburger Platz
Templiner Straße 17
1. Mittwoch 20 Uhr BV-Treffen
Winsstraße
Winsstraße 60; ☎ 44 01 06 35
2. und 4. Mittwoch 19 Uhr BV-Treffen
Beratung mit Anwältin:
2. und 4. Freitag 16 bis 18 Uhr
Bötzowstraße
Käthe-Niederkirchner-Straße 12
☎ 4 25 11 00
1. und 3. Montag 19.30 Uhr BV-Treffen;
Mietrechtsberatung mit Anwalt:
jeden 1. und 3. Dienstag 18 bis 19 Uhr
Komponistenviertel (Weißensee)
Mahlerstraße 12/14
3. Donnerstag 19 Uhr BV-Treffen
☎ 92 30 282; www.komponistenviertel.de
Wollankstraße (Pankow)
Florastraße 74, ☎ 43 72 47 25
letzter Donnerstag ab 19 Uhr BV-Treffen



© Hartmut Seefeld

Am 18. Oktober wurde auf dem ehemaligen Schlachthof der vier Hektar große Blankensteinpark zur Nutzung freigegeben. In die neue Grünanlage, die auf Grund der weitläufigen Rasenflächen in Teilen den Charme eines Flugzeuglandeplatzes verspricht, hat das Land Berlin 1,3 Millionen Euro investiert. Attraktiv ist die Einbindung des 62 Meter langen Torsos der einstigen Hammelauktionshalle in das Ensemble. Zudem entstanden am Rande der Anlage 900 m² neue Spielflächen für Kinder und Jugendliche. Der Name des Parks erinnert an den Architekten des Schlachthofs, Hermann Blankenstein.

Impressum

Vor Ort wird herausgegeben von der Mieterberatung
Prenzlauer Berg, Gesellschaft für Sozialplanung mbH
Redaktion und V.i.S.d.P.
Albrecht Molle, ☎ 90 295 31 40
Hartmut Seefeld, ☎ 90 295 31 42
Fax 90 295 31 41; e-mail vorort-berlin@t-online.de
Storkower Straße 139c, 10407 Berlin
Gestaltung Hartmut Seefeld
Titelfoto Alexej Brykowski
Vertrieb Agentur Meinicke
Druck DMP Digitaldruck GmbH
Redaktionsschluss: 04. November 2005